



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- Mk. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Zeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 25

Charlottenburg, den 17. Juni 1904

31. Jahrg.

**Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!**

### Sperren in Deutschland.

Die **Bollsperr**e besteht über Berlin, Galland Nachfolger, Inhaber Böhm. Tief u. Strauß, Fächerfabrik. Blechhammer (Bernhard Löhrer). Schlierbach, Lettau (Sonntag u. Söhne). Tillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik).

#### Bollsperr:

Alexandrinenthal (Firma Rednagel), Althaldensleben (außer W. Gerike S. Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Düsseldorf (Wortmann u. Ebers, Emailierwerk), Frankfurt a. d. Oder (Baetsch), Freienort, Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Seene, Heißner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Wogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Offenbach a. Main (Diezel, Lederwarenfabrik), Passau, Roschitz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhle, Triplis, Ueckendorf.

### Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). Westen-Budweis — Kunsttonwaren-Fabrik von Rudolf Ditmar. Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim. — In Brünn ist gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar. Schlackenwert: Pfeiffer u. Löwenstein für Maler. Porzellanfabrik Mertelsgrün.

### Von hinten herun!

— Noch ehe sich die Fabrikanten der feinkeramischen Branche, die Besitzer der Steingut-Porzellan- etc. Fabriken zu einer Arbeitgeber-Vereinigung der aller modernsten Art zusammen gefunden haben, besitzt diese noch nicht aus den Wehen gelangte Organisation schon ein Organ, die „Keramische Rundschau“. — Bis vor kurzem bemühte sich das genannte Blatt einen möglichst neutralen

Standpunkt zwischen Arbeiter und Unternehmer einzunehmen. Aber die jüngste Zeit brachte einen jähen Wandel mit sich und ohne jedes Genieren empfiehlt sich jetzt die „Rundschau“ als ein ausgesprochenes Unternehmerblatt. Die grell parteiisch, das heißt zu Gunsten der schlierbacher Fabrikleitung, gehaltene Artikelserie über den Ausstand in Schlierbach bildete den ersten Befähigungsnachweis des neuen Unternehmerorgans und in der letzten Rundschau-Nummer wird in einem Leitartikel „Belastungsproben“ derselbe Faden, nur in anderer Färbung, weiter gesponnen. Aber hier wie dort gilt im Grunde genommen der Kampf unserer Organisation.

Darüber sollte uns nichts täuschen. Am wenigsten aber der oben angeführte Artikel. Wohl schrieb ihn sein Verfasser in dem Tone einer gewissen wohlwollenden Betrachtung, so ungefähr als wenn ein Professor ein paar Versuchsaninchen vor sich hat und nun in stiller Freude erkennt, wie eins von ihnen langsam anfängt, in's bessere Jenseits abzureifen. Es hatte die „Belastungsprobe“ eben nicht vertragen. — Ebenso liegt über dem ganzen Artikel in der „Rundschau“ etwas wie eine geheime, innere Freude des betreffenden Schreibers. Der Mitgliederbestand in unserem Verbands ging zurück, die inneren Streitigkeiten schwächten ihn, Kämpfe wurden verloren und alles deutete darauf hin, daß wir uns überhoben haben. Wir verstehen die Freude der „Rundschau“ und bedauern daher um so mehr, einiges zu dem Artikel sagen zu müssen, das erstens die Hoffnung der „unparteiischen Fachschrift“ dämpfen dürfte, dann aber auch unseren Kollegen ein Mahnruf sein sollte.

So spielt in erster Linie die „Rundschau“ die Organisationen der Töpfer und Glasarbeiter gegen uns aus. Beide Verbände hätten weniger Kämpfe wie wir zu führen gehabt; in beiden Vereinigungen pulsierte ein regeres Vereinsleben, seien die Mitglieder

tätiger, eifriger auf dem Posten als bei uns. — Hat dieser Einwurf seine Berechtigung? Im ersten Teile sicher nicht. Zwischen den Zeilen der „Rundschau“ steckt der Vorwurf, unser Verband verursache oder bewillige zu viele Ausstände, wir seien streifüchtiger, gingen leichter mit dem Gelde um als die Bruder-Verbände. — Es wäre töricht von uns, wollten wir uns gegen diese etwas zu durchsichtig gehaltene Unterstellung besonders verwahren. Unsern Mitgliedern gegenüber haben wir es nicht nötig, denn keins von ihnen wird diesen äußerst ungeschickten Ausfall ernst nehmen. Und dem Rundschau-Schreiber gegenüber halten wir jede Bekehrung von vornherein für ausgeschlossen. Nur eins möchten wir erwähnen. Der Verfasser des Rundschau-Artikels bezeichnet sich selbst als dem Gewerkschaftsleben nicht fremd gegenüber stehend. Nun gut, entspricht das den Tatsachen, so müßte der Herr auch wissen, daß erstens unsere Kämpfe uns aufgezwingen, sie also gar nicht von unserem Willen abhängig waren, dann aber, daß selbst unsere in der Zahl höheren Kämpfe uns nicht das kosteten, was den Glasarbeitern der Generalkstreik im Jahre 1900 und 1901 an Lasten auferlegte. Ferner haben wir bei weitem nicht die zahlreichen Kämpfe zu führen, die unsere Genossen im Töpferverband jahr- ein und jahraus durch zu machen haben. Das hängt dort mit der Saisonarbeit der Ofenheizer etc. auch eng zusammen. Also mit diesem Reile war es nichts.

Recht dagegen hat aber zweifellos die „Rundschau“ mit dem Einwand, daß in unserem Verbands das Leben in den Zahlstellen nicht so ist, wie es sein sollte, daß die Versammlungsberichte nicht das rege Leben in den Zahlstellen-Versammlungen wieder spiegeln, als es in den Berichten der Blätter der Töpfer und Glasarbeiter der Fall sein soll. Aber damit sagt ja die „Rundschau“ nichts neues. Wir selbst sagten diese Wahrheit unseren Kollegen nicht einmal, sondern zu



wiederholten Malen und auch jetzt müssen wir leider bei der Bestätigung des Gesagten bleiben. Doch darin ein besonderes Zeichen der Schwäche erblicken zu müssen, das bünkt uns ein Vorrecht des Rundschau-Schreibers zu sein. Freilich, in Unternehmerkreisen und in den Zirkeln altersschwacher, ängstlicher, sich selbst nicht mehr trauender Männer mag dieses scheue Verschweigen einer schwachen Stelle zu Hause sein und geübt werden, aber wir haben keine Ursache darüber zu schweigen. Darin zeigt sich ja eben unsere Lebenslust, daß wir frei auf offenem Markte unseren Leuten zurufen können: „Seht, dort müßt Ihr einspringen, hier müßt Ihr Hand anlegen!“ Im Angesicht des Feindes können wir unsere Kollegen in Reih und Glied rufen, zur Pflicht mahnen. Ist das Schwäche? Hören uns die Genossen nicht, meinen sie, es sei noch nicht an der Zeit, tätig zu sein, nun, dann kommen uns unsere Freunde, die Feinde, selbst zu Hilfe. Was uns nicht gelang, sie erreichen es und unter dem Druck einer neuen „Belastungsprobe“ von Unternehmenseite — immer nur von Unternehmenseite gingen bisher die „Belastungsproben“ aus, geehrte „Rundschau“! — schließen sich unsere Reihen. Und auch die Sätze, welche die „Rundschau“ uns in dieser Sache widmet, werden den gleichen Erfolg haben. Jedem unserer Verbandskollegen, besitzt er nur ein klein wenig Gefühl für Solidarität, Verbandsinteresse und Klassenbewußtsein, wird es gellend in den Ohren klingen müssen, daß selbst ein Unternehmerblatt schon freudig mit dem schlechten Versammlungsbesuch, mit der Lauheit der Kollegen in den Zahlstellen, bei der Agitation z. rechnet. Angesichts solcher Mahnungen werden unsere Genossen sich schon die Augen reiben und aufzuwachen versuchen.

Und die Augen aufzuhalten haben sie alle Ursache. Denn nicht nur mit dem schläfrigen Vereinsleben denkt die Rundschau-Partei ihre Rechnung auf unsere Kosten begleichen zu können; Zweifel, Mißmut und Unlust in unsere Reihen einzuziehen zu sehen, sondern in etwas ungefügiger Wendung bricht der Triumph der „Rundschau“ auch über die gewesenen inneren Streitigkeiten in unserem Verbandsaus und besonders kennzeichnend für den ganzen Artikel ist folgende Stelle aus ihm: „Ueber Bey hat sich seit Jahren das Grab geschlossen, und nichts läßt darauf

schließen, daß über diese Sache, die für den Verband recht unerquicklich war, jemals wieder debattiert wird. Ob auch der andere Fall? Die Freunde Jahns werden gelegentlich der nächsten Generalversammlung sicherlich etwas näheres über dessen etwas plötzlichen Abgang zu erfahren wünschen.“

Hier ist der fromme Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. — Die Sache Bey ist tot, abgetan, endgiltig begraben. Da ist nichts mehr dran zu ändern und alle Hebel, die hierbei einsetzen wollen, um den Verband von neuem zu erschüttern, müssen abbrechen. Aber da ist ja noch der „Fall Jahn“! Auf ihm beruht die stille Hoffnung der „Rundschau“. — Mit den äußeren Kämpfen bekommt man uns nicht klein, mögen sie 3 oder 30 Wochen und mehr dauern, 100 oder 10 000 Mk. kosten. Immer werden wir uns wieder erholen. Aber an den inneren Streitigkeiten sollen wir uns verzehren, von allein, von innen heraus zu Grunde gehen. Langsam, vorsichtig sucht man uns das Gift einzuspritzen. Bekleidet in jener Form neutraler Besprechung glaubt man wunde Punkte berühren zu können, die Mitglieder gegeneinander, „die Freunde Jahns“ gegen die „Nichtfreunde“ aufzuwiegeln, scharf zu machen. Man zeigt in harmlosester Weise, wo die Selbstzerfleischung wieder greifen könnte. —

Die nächste Generalversammlung! Gerade sie wird alle ihre Zeit in Anspruch zu nehmen haben, sich um ernstere Dinge, schwerwiegende Agitations- und Organisationsfragen zu kümmern. Höchsten Zeiten gehen wir entgegen, unsere Aufgaben wachsen und bei den besten Wünschen des Rundschau-Schreibers wird uns keine Minute verbleiben, um in persönlich-nebensächlichem Zant uns zu ergehen. — Wir wünschen nur eins, nämlich, daß die „Rundschau“ noch einmal kurz vor der Generalversammlung an den „Fall Jahn“ erinnern möge und so den Delegierten, überzeugender denn all unsere Mahnungen es können, zum Bewußtsein bringt, wie schwer es die Organisation schädigen und die Gegner jubelnd machen würde, wollten wir die Generalversammlung von 1900 mit der Stichmarke „Jahn“ erneuern. Zu klären gibt es in „Sachen Jahn“ nichts mehr und sollte die Neugier des Rundschau-Schreibers, der anscheinend Jahns ungewolltester Freund sein dürfte, noch so mächtig sein. In der aus-

föhrlichen öffentlichen Wiebergabe der betreffenden Protokolle des Vorstandes, in den Äußerungen und Entgegnungen beider damals sich gegenüberstehenden Parteien ist das Material des „Falles Jahn“ erschöpft, total aufgesaugt worden und kein Stoff zu neueren Streitigkeiten darüber ist weiter vorhanden. Müßte gerade der Verfasser des Rundschau-Artikels durch seine intime Kenntnis des Gewerkschaftslebens neue Quellen zu dieser Sache entdeckt haben. —

So zuckt also aus diesem Artikel der Gedanke, versuchen wir es einmal den Verband zu schwächen. Versuchen wir es, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Erst den einen Verband gegen den anderen, dann die Mitglieder einer Organisation ebenfalls untereinander aufzuwühlen, mißtrauisch, uneinig zu machen. Jedes Mittel ist dazu recht. Organisationsfragen und äußere Anlässe, Mitglieder-Rückgang und persönliche Zwistigkeiten. Eins folgt dem andern und zieht dies nicht, das andere wird schon helfen.

Nur erst ein Körnchen Mißtrauen in die eigene Kraft, gegen die eigene Organisation gefät, nur erst einen schwachen Schimmer persönlicher Feindschaft gegen die „Führer“ angefacht, dann wird es schon werden. Ein wenig weiteres Blasen — so ganz sacht von hinten herum — wird helfen; das Flämmchen zuckt, flackert und endlich bricht die Lohe voll hervor. An ihrer Helle freuen sich die Unternehmener, ergötzen sich ihre Schürknechte. Behaglich sieht man die Organisation sich selbst verzehren und wohligh reibend streckt man die Hände an die wärmende Glut, schmunzelnd sich lobend: „Das haben wir gut gemacht!“

Aber gemacht, ihr Herren von und hinter der „Rundschau“, noch sind wir nicht soweit. Noch kennen wir die Wege, die ihr gehen wollt, im vornherein, noch warnen wir unsere Genossen bei Zeiten, rufen wir sie zum Streite, mahnen sie diesen schmeichelnden Lockungen gegenüber zur Pflicht.

Viel verheißend verkündet die „Rundschau“, daß auch die neue Unternehmer-Organisation der „Belastungsprobe“, das heißt der Feuerprobe nicht aus dem Wege gehen wird, ja — im Gegenteil — suchen wird man sie. Nun gut, das ist doch wenigstens geradezu gesprochen. Man wird uns bekämpfen, bezwingen, niederdrücken wollen. Um ihre Kraft zu erproben, wird die neue Unternehmer-Organisation einen Kampf herauf beschwören! Wann? Wer weiß es?

## Feuilleton.

### Sie müssen!

Ein offenes Wort an die christliche Gesellschaft.

Unter diesem Titel hat Hermann Kutter, Pfarrer am Neumünster in Zürich, ein Buch verfaßt, dessen zweite unveränderte Auflage kürzlich bei Hermann Walther, Berlin, erschienen ist. Das Diktum „Sie müssen“ gilt der Sozialdemokratie, zu deren Verteidiger sich der orthodoxe zürcher Pfarrer zum Entsetzen eines großen Teiles seiner Pfarreingesessenen aufgeworfen hat.

Kutter besitzt etwas von der Natur der Prädikanten, die in der Reformationszeit und namentlich im großen deutschen Bauernkriege, gestützt auf die Bibel, im radikalsten Sinne für eine Reformation der Kirche und der Gesellschaft an Haupt und Gliedern eintraten und nicht in Luther, sondern in Thomas Münzer ihren Führer sahen. Diese Prädikanten waren Revolutionäre, die mit dem sanftlebigen Fleisch zu Wittenberg, Dr. Martin Luther, sehr unsanft umzugehen pflegten. In

das Moderne übertragen macht es Kutter mit dem zweiten Luther, dem Hofprediger a. D. Stöcker ebenso. Kutter ist ein gläubiger Christ, aber ein Christ, der in der offiziellen Kirche die Abgefällene und Verräterin an der Lehre Christi erblickt, als deren eigentlichen Vertreter er die Sozialdemokratie ansieht, die, so meint er, ohne sich dessen bewußt zu sein, die radikalsten Forderungen des Christentums zu verwirklichen bestrebt sei. Daher das: „Sie müssen.“

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, uns hier mit dem Autor über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit seiner religiös-philosophischen Auffassungen auseinanderzusetzen. Für uns kommen diese nicht in Betracht, sondern es sind die Lehren und Konsequenzen, die der Verfasser aus dem nach seiner Ansicht durchaus unkommunistischen Wesen des Christentums zieht und gegen die herrschende Kirche und die bürgerliche Gesellschaft verwertet.

Stöcker und Raumann und die ihnen verwandten frommen Seelen werden etwas längliche Gesichter ziehen, wenn sie die Schrift eines ihrer Brüder in Christo lesen und sehen, wie dieser das innerste Wesen und

Streben der Sozialdemokratie als die höchste Erfüllung des von Christus Gewollten aufsaßt. Alle, die sich Christen nennen, es aber nur dem Namen, nicht auch der Tat nach sind, bekommen von Kutter böse Dinge zu hören. Um ihn ganz zu verstehen, lassen wir in den folgenden Ausführungen ihn möglichst selbst sprechen.

Schon die Überschriften der einzelnen Abschnitte zeigen, wie Kutter seine Aufgabe aufsaßt. Er packt den Stier an den Hörnern, indem er die Angriffe auf die Sozialdemokratie also zusammenfaßt: Die Sozialdemokratie leugnet das Dasein Gottes; die Sozialdemokraten untergraben und zerstören die christliche Wahrheit; die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei; die Sozialdemokraten anerkennen die Sünde nicht; die Sozialdemokraten glauben nur an die Materie und verwerfen den Geist; die Sozialdemokratie verneint die absolute Bedeutung des Rechts und der Moral; die Sozialdemokratie kennt und anerkennt kein Vaterland.

Hier haben wir so ziemlich alle Angriffe zusammen, die speziell aus dem christlichen Lager gegen uns erhoben werden, deren Hin-



Um ihn aber leichter bestehen zu können, möchte man uns schwächen, uns gegeneinander ins Feld stellen, um nach der Teilung desto sicherer uns unterkriegen und beherrschen zu können. Nicht offen sagt man dies, aber hinten herum kommt man mit Andeutungen, harmlosen Betrachtungen, zarten Winken und nur nothdürftig versteckten Wünschen!

Werden unsere Gegner damit Erfolg haben, werden diese Funken glühen können? Wir glauben es nicht, sondern sind in der Gewißheit zuversichtlich, daß es eben nur an diesem Anstoß fehlte, um unsere säumigen Kollegen an ihre Pflicht zu mahnen, unsere Reihen festerzuschließen, unsere Agitation zu stärken, so daß wir jeder Zeit dem drohenden Kampfe, diesem Treiben von hinten herum fest und sicher, vertrauend auf unsere eigene Stärke entgegen sehen können.

## Preußen in Deutschland voran!

### II.

Man kann freilich sagen, der landwirtschaftliche Arbeiter soll keinen langfristigen Vertrag eingehen, aber der Rat ist sehr billig. Einmal ist er auf den Verkauf seiner Arbeitskraft ebenso wie der Industriearbeiter angewiesen, sodann hat er kein Koalitionsrecht, um in Gemeinschaft mit seinen Arbeitsgenossen eine Regelung der Verhältnisse zu bewerkstelligen. Und auf der anderen Seite ist es der despotische, wirtschaftlich übermächtige Gutsbesitzer, der Junker, der eben an langen Dienstverträgen interessiert ist und der mit dem Arbeiter nicht unterhandelt, sondern ihm einfach befiehlt. Uebrigens kommt es ja in Gewerbe und Industrie noch oft genug vor, daß Arbeiter sehr zu ihrem Nachteil langfristige Arbeitsverträge eingehen; was will man dann erst von dem landwirtschaftlichen Arbeiter verlangen? Aber trotzdem muß, wird der reaktionäre Wechselbalg wirklich Gesetz, eine viel gründlichere Agitation als bisher unter der landwirtschaftlichen Arbeiterbevölkerung betrieben und sie aufgefordert werden, unter keinen Umständen mehr langfristige Dienstverträge einzugehen, sondern immer nur solche mit ganz kurzer Kündigungsfrist.

Das reaktionäre Nachwerk der preussischen Junkerregierung, das tausendfache aufreizende Wirkungen zur notwendigen Folge haben und die ländlichen Proletarier zu Hundert-

fälligkeit nun Futter in seiner Art und von seinem Standpunkt aus beleuchtet und kritisiert.

Werfe man der Sozialdemokratie Gottlosigkeit vor, so fragt er: wer unter den Christen das Wort verstehe: „Liebet eure Feinde“! Oder wer das Gebot begreife: „Sammelt nicht Schätze auf Erden, sorget nicht für den andern Morgen.“ „Die Sozialdemokraten hungern und dürsten doch auch nach gerechten Zuständen — und sollten gottlos sein! Sie kämpfen für die Barmherzigkeit — und sollten keine Barmherzigkeit erlangen? Sie hassen das Gemeine, Schmutzige, Lüstern — und sollen nicht auch Gottes Kinder heißen? Sie werden von allen Seiten geschmäht und verfolgt — und Gott soll sie in die Hölle stoßen? Sie sammeln nicht selbst Schätze, wie die anderen Parteien, sie erklären dem Gelbe den Krieg — und sollten nicht zu Gott gehören, ihm nicht dienen? Sie tun, was Gott von Anfang an durch seine Zeugen gefordert: sie nehmen sich einzig der Armen und Beknechteten an — und sollten ohne Gott sein!“

Gottlosigkeit sei die Loosung, die Stöcker der Sozialdemokratie gegenüber ausgegeben

tausenden der Sozialdemokratie in die Arme treiben muß, wird von der sozialdemokratischen Parteipresse wie von einem Teile der bürgerlichen Presse auf das schärfste verurteilt. So schreibt die Magdeburger Volksstimme darüber: „Ein Vater, der sein Kind aus dem Dienste nimmt, weil er irrtümlich glaubt, daß der Arbeitgeber durch schlechte Behandlung seine vertragsmäßigen Rechte verwirkt habe, wandert fortan ins Gefängnis! Ein Dienstvermittler, der in Ausübung seines Berufs nicht mit derselben Sorgfalt vorgeht wie der Händler mit toter Ware — die unter Umständen gestohlenes Gut sein kann —, der sich nicht dessen vergewissert, daß seine Klienten ihren letzten Dienst ordnungsmäßig verlassen haben, wandert ins Gefängnis! Ein Arbeitgeber, der einen halbverhungerten Wanderer, der um Arbeit bittet, nicht ganz verhungern lassen, noch ins Verbrechen treiben will, sondern ihn aus Mitleid aufnimmt, ohne zu wissen, ob er nicht am Ende ein entlaufener Sklave ist, wandert ins Gefängnis! Ein Arbeiter oder eine Arbeiterin, die dem Gutsbesitzer entlaufen ist, ist vogelfrei und geächtet! Wer ihnen etwas zu essen gibt und sie dafür arbeiten läßt, wandert ins Gefängnis! Die preussische Regierung will es! Das preussische Abgeordnetenhaus will es! Das Gesetz setzt auf eine ungemähte Garbe und ein unbeackertes Feld den Hungertod! Der rächende Jehova der Juden hat den Brudermörder Cain geheißt, unftet und flüchtig über die Erde zu schweifen. Unftet und flüchtig soll auch das Mädchen sein, das dem Dienste entläuft, weil es nicht mit zehn Burschen schlafen will. Das ist der neueste Fortschritt preussisch-deutscher Sozialpolitik, die an der Spitze der Zivilisation marschieren! Das ist das Paradies, das der ganzen deutschen Arbeiterschaft winkt, wenn erst die Sozialdemokratie totgeredet oder totgefälscht oder totgeschlagen ist, wenn der Gegenwartsstaat über den sozialistischen „Zukunftsstaat“ endgiltig triumphiert! Das Parlament, das dieses Gesetz gewünscht hat und ihm bald jubelnd zustimmen wird, ist das Idealparlament, das ganz Deutschland beherrschen soll, wenn das geltende Wahlrecht unter den Faustschlägen eines preussischen, starken Mannes zusammenbricht! Die preussische Reaktion spielt ein verwegenes Spiel. Ihr wird auch gelingen, was keiner Macht der Logik gelang. Sie wird die dumpfen Massen des Landproletariats in die Empörung peitschen, sie trägt den Geist der

habe, und Gottlosigkeit sei das Wort, das ein Naumann immer wieder uns entgegen halte, und das, obgleich wir Ernst machten mit den Forderungen Gottes wider den Mammon. Sei es da nicht klar, daß zwischen Gott und dem Glauben der Stöcker und Naumann eine tiefe Kluft bestehe? Die Sozialdemokratie solle man protestantischerseits nicht bekämpfen, sondern in ihrer Erscheinung die Hand des lebendigen Gottes sehen. Die Propheten alle seien revolutionäre Ruhestörer mit wahnwitzigen und hirnerbrannten Ideen gewesen, und diese alle würden uns heute als mustergiltige Vertreter des göttlichen Wortes vor Augen gemalt. Jesus selbst sei ein „Volksverführer und Gotteslästerer“, ein Freund der Auswürflinge, „der Zöllner und Sünder“, gewesen und seine Apostel der „Abscham der Gesellschaft“, aber das hindere nicht, daß man sich heute in der ganzen Christenheit auf sie berufe. Die evangelische Kirche habe des lebendigen Gottes vergessen.

Futter kritisiert das Programm der Stöckerischen Christlich-sozialen Arbeiterpartei, das er unschuldige und unverfängliche Postulate nennt. Man begreife nicht, was das Programm

Revolution auf das flache Land. Glück auf den Weg!“

Und die Soziale Praxis spricht von kurz-sichtiger und schädlicher Politik, die auf die Erscheinungen los kurtiert und die Krankheit selbst weiter freffen läßt. „Weil der Vertragsbruch auf dem Lande zunimmt, will sie, anstatt die Ursachen des Übels zu heben, mit Strafandrohungen den Kontraktbruch verhindern. Dem Namen nach wird die Verleitung zum Vertragsbruch und die Annahme vertragsbrüchiger Arbeiter bestraft, das trafe also Arbeitgeber und Stellenvermittler. In Wahrheit aber trifft die Strafe den Arbeiter: wer den Vertrag bricht, findet keine Arbeit mehr. Gewiß ist der Kontraktbruch verwerflich, aber er ist es grundsätzlich beim ländlichen Arbeiter nicht mehr als beim Unternehmer, beim Handwerker, beim Industriearbeiter. Dem ländlichen Arbeiter und Dienstboten steht als mildernder Umstand zur Seite, daß es für ihn oft kein anderes Mittel gibt, um sich aus unwürdigen, schwachvollen Fesseln zu lösen. Das Gesetz ist in jedem Betracht verwerflich: Es ist heuchlerisch, indem es den Arbeitgeber nennt und den Arbeiter trifft; es schafft äußerst dehnbare, unsichere Verhältnisse; es greift in die Reichskompetenz über; es drückt den ländlichen Arbeiter noch tiefer in seine Rechtlosigkeit und in seine Not hinab; es liefert den Sozialdemokraten die wirksamste Agitationswaffe für das Land. Nur ein gutes hat es: Unwiderstehlich wird damit die Bewegung für eine Befreiung der Landarbeiter und des Gefindes aus den Banden von Ausnahmegesetzen entfesselt, die den heutigen Zuständen und Anschauungen vom Rechte der Persönlichkeit widersprechen. Dem Versuch weiterer Entrechtung der ländlichen Arbeiter setzen wir die Forderung des Koalitionsrechtes entgegen, das die preussische Staatsregierung schon anfangs 1866 gewähren wollte.“

Nicht unerwähnt sei, daß zu den Urhebern dieses Attentats auf die landwirtschaftlichen Arbeiter auch das Zentrum gehört, das im Reichstag mit der Sozialdemokratie in Arbeiterfreundlichkeit und Sozialpolitik wettersert, wenigstens in Worten. Im preussischen Landtag tritt das Zentrum für die ärgsten reaktionären Schandthaten, für die vollständige Niederdrückung und Versklavung der ländlichen Arbeiter ein. Die ganze Falschheit und Doppelzüngigkeit, die ganze Arbeiter-schugheuchelei des Zentrums und der National-

eigentlich wolle. Was wohl die Herren der Finanz, die Großkapitalisten, die Großgrundbesitzer unter dieser schüchternen Programmfundgebung dächten? Es sei als wäre jedes Wort absichtlich in der Schwebe gelassen worden, um das Schifflein des christlichen Sozialismus an dieser gefährlichsten aller Klippen unversehrt vorbei zu bugstieren. Es ist bitter, was Stöcker von seinem Amtsbruder zu hören bekommt, aber die Kritik trifft den Nagel auf den Kopf. Auch Naumann bekommt unangenehme Wahrheiten zu hören. Das Buch ist geschrieben, als Naumann noch über eine eigne Partei verfügte; diese ist jetzt dahin. Es ständen viele Geistliche mit reinsten Idealen auf seiner, Naumanns Seite, aber man könne nicht mit Absichten, Entschlüssen, Idealen und Ueberzeugungen den Feind überwinden, der nur durch einen neuen Geist, durch Feuer und Flammen überwunden werden könne. Und diese Feuerflammen loderten in den Reihen der Sozialdemokratie. Alle Parteien ohne Ausnahme sorgten nur für sich, die Sozialdemokratie sorge für die Menschheit, sie diene einer großen Sache, die sie begeistere. (Fortf. folgt.)



liberalen wie der Konservativen tritt hier in grellster Beleuchtung in die Erscheinung.

Mit dem tiefstehenden preussischen Junkertum freut sich das gleichwertige Schlotjunkertum über das neue Attentat auf die Menschenrechte der Arbeiter und wird es eine neue Agitation dafür einleiten, um ein ähnliches Gesetz auch für die Industriearbeiter zu erhalten.

Arbeiter, seid auf der Hut! Nieder mit der Reaktion!  
M. Z.

### Adressen der bestehenden Arbeitsnachweise.

**Berlin und Vororte.** Arbeitsnachweis nur für Maler (Porzellan-, Emaille-, Glas- und Galanteriemaler). Adresse: Carl Freiesleben, Berlin SO., Dramienstr. 16, vorn 4 Treppen. Sprechzeit an Wochentagen abends 6—8 Uhr.

**Eisenberg (S.-A.)** Nachweis für alle keramischen Arbeiter. Adresse: Rob. Kunze, Fabrikstraße.

**Frankfurt a. M. und Umgebung** (Offenbach, Neu-Isenburg etc.) Nachweis nur für Maler (Porzellan-, Glas-, Emaille- und Porzellanartikel). Adresse: Fritz Schmidt, Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 70.

**Weißwasser (D.-L.)** Nachweis für Porzellanarbeiter aller Berufe: Oskar Schmidt, Porzellanmaler, Hauptstr. 13.

Besonderer Nachweis für Glasmaler: Adresse Franz Gieb, Glasmaler.

Vorstehende Arbeitsnachweise dürfen nicht umgangen werden. Die Veröffentlichung vorstehender Adressen wird von jetzt an von Zeit zu Zeit ohne besondere Anregungen seitens der betr. Zahlstellen erfolgen. Eventuelle Aenderungen bitten wir daher in jedem Falle sofort der Redaktion zu melden.

### Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Folgende Zahlstellen werden zur sofortigen Einsendung der **Verdienstlisten** und **statistischen Fragebogen** aufgefordert:

Althaldensleben, Coburg, Gräfenthal, Grünstadt, Hamm, Hüttensteinach, Manebach, Meuselbach, Neuhalbensleben, Neuhaus, Oberkößitz, Piesau, Probstzella, Rehau, Rudolfstadt, Schmiedefeld, Sondershausen.

**Statistische Fragebogen** fehlen noch von Breslau, Gräfenthal, Hermsdorf, Rups, Probstzella, Walbsassen.

W. Herden, Verbandskassierer.

### Bekanntmachung

Trotzdem dem früheren Mitgl. Nr. 24 495 Franz Leibig im Verbandsbureau erklärt wurde, daß er nicht mehr Mitglied ist und ihm deshalb das Quittungsbuch abgenommen wurde, versucht derselbe, durch Vorpiegelung falscher Tatsachen, von den Zahlstellenkassierern Unterstützung zu erhalten. Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, an den Genannten keinerlei Unterstützung zu zahlen.

Ferner werden die Zahlstellenkassierer nochmals auf den Vorstandsbeschluss vom 28. November 1902 aufmerksam gemacht, wonach freiwillige Unterstützung aus dem 8%o-Fonds nur an ausgesteuerte Verbandsmitglieder, d. h. an solche, welche unfreiwillig stellungslos wurden und die statutarisch zulässige Unterstützung bezogen haben, jedoch noch arbeitslos sind, gezahlt werden darf. An Mitglieder, welche die Karenzzeit noch nicht um haben,

oder an solche, welche die Arbeit freiwillig aufgegeben, darf daher keine Unterstützung gezahlt werden.

W. Herden, Verbandskassierer.

### Zur Beachtung für die Zahlstellenkassierer und Mitglieder.

Bezüglich der Beitragsbefreiung sind folgende Bestimmungen zu beachten.

Alle Mitglieder, welche stellungslos sind, Unterstützung aber nicht beziehen, sowie arbeitsunfähige (ranke) Mitglieder sind von den Verbandsbeiträgen befreit.

Die Beitragsbefreiung tritt nur dann ein, wenn das Mitglied die volle Woche arbeitslos oder arbeitsunfähig (krank) war.

Ueber die Dauer der Arbeitslosigkeit, sowie Arbeitsunfähigkeit ist jedoch eine Bescheinigung beizubringen. Ohne diese Bescheinigung erfolgt die Beitragsbefreiung nicht. (Siehe § 6 Absatz 2 des Verbandsstatuts und § 8 Absatz 5 der Rassenordnung.)

Für arbeitsunfähige Mitglieder, welche dem Beihilfefonds angehören, ist die Beibringung einer besonderen Bescheinigung nicht erforderlich, für diese genügt der gemäß § 6 des Beihilfefonds-Reglements beizubringende Nachweis.

Formulare zur Bescheinigung der Arbeitslosigkeit sowie Arbeitsunfähigkeit behufs Beitragsbefreiung sind von jedem Zahlstellenkassierer zu haben.

Die Beiträge für den Beihilfefonds sind für die Zeit der Arbeitslosigkeit zu entrichten.

Die Abstempelung der beitragsfreien Wochen wurde bisher im Quittungsbuch mit dem Zahlstellenstempel vollzogen, dadurch die Kontrolle erschwert. Um nun eine andere Regelung der Abstempelung und somit eine bessere Uebersicht im Quittungsbuch herbeizuführen, soll von jetzt ab die Abstempelung der beitragsfreien Wochen nicht mehr mit dem Zahlstellenstempel sondern mit einem besonderen Stempel vollzogen werden. Es sind deshalb im Laufe dieser Woche den Zahlstellenkassierern die entsprechenden Stempel zugelandt worden. Für diejenigen Zahlstellenkassierer, welche die Anweisung durch Packet erhalten, liegen die Stempel der Anweisung bei.

Die Abstempelung im Quittungsbuch darf nur durch den Zahlstellenkassierer vollzogen werden und ist hierbei folgendes zu beachten:

- In den Wochenrubriken ist abzustempeln:
- a) über Beitragszahlung nur mit dem Zahlstellenstempel;
  - b) über Beitragsbefreiung in Arbeitslosen-Wochen (also nur bei Nichtunterstützten und wenn Bescheinigung vorliegt) mit dem Stempel: „Arbeitslos“;
  - c) über Beitragsbefreiung bei völliger Arbeitsunfähigkeit (Krankheit) ebenfalls nur wenn Bescheinigung vorliegt, mit dem Stempel: „Krank“;
  - d) über Militärdienst-Wochen mit dem Stempel: „Militär“.

Unter allen Umständen ist es erforderlich, daß jede einzelne Woche abgestempelt wird. Nicht abgestempelte Wochen sind als Restwochen zu betrachten und die Beiträge hierfür von dem Mitgliede unbedingt einzufordern.

Daß die Abstempelung im Quittungsbuch genau wie vorstehend vom Zahlstellenkassierer vollzogen wird, darauf hat jedes Mitglied selbst zu achten und zu dringen.

W. Herden, Verbandskassierer.

### 134. Vorstandssitzung vom 31. Mai 1904.

Wollmann auf Reisen.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der stellvertretende Vorsitzende den anwesenden Redakteur zu seiner Mitfahr in die Freiheit und gibt dem

Wunsche Ausdruck, daß derselbe einen Schaden an seiner Gesundheit nicht genommen haben möge, um mit ungeschwächter Kraft sich wieder den Interessen unserer Organisation widmen zu können, worauf der Redakteur dankend erwidert. — Zuschriften von Breslau und Köppelsdorf werden zur Kenntnis genommen und sollen entsprechend beantwortet werden. — Von Berlin II wird berichtet, daß die während der Sperre bei Galland Nachfolger (Inhaber Böhm) in Arbeit getretenen Maler Fritz Böschel aus Hirschberg und Gottfried Lange aus Znaim, sowie der Obermaler Johann Käfer aus Gaida (Böhmen) die Arbeit wieder aufgenommen haben, so daß nur noch ein Maler (Wilms) dort in Arbeit steht. — Eine Zuschrift von Jümenau ist mit Kenntnisnahme erledigt. — Dem Mitglied 15 945 Berlin II (Stohheim) wird Rechtsschutz bewilligt, damit dasselbe auf dem Wege der Klage seinen rückständigen Lohn erhalten kann. — Ein Gesuch um Notfallunterstützung des Mitgliedes 6040, zur Zeit in der Universitätsklinik in Bonn, wird abschlägig beschieden. — Anträge auf Unterstützung resp. Fahr- und Umzugsgelder für die Mitglieder 34 089 Breslau und 14 771 Bonn werden abgelehnt. — Das Mitglied 5592 Hartwig, Oberkößitz, wird nach § 5 Abs. 2 des St. vom Verband ausgeschlossen. — Das schriftliche Urteil des Amtsgerichts Sorau in der Rechtsschutzsache des Mitgliedes 30 607 wird zur Kenntnis genommen; wegen Einlegung der Berufung an das Landgericht soll das juristische Gutachten erst abgewartet werden, ehe Beschluß gefaßt werden kann. — Dem Mitgliede des österreichischen Verbandes B. in Selb soll auf dessen wiederholtes Gesuch um Zulassung des Uebertritts mit den alten Rechten in unseren Verband anheim gestellt werden, sich hierfür die Zustimmung des österreichischen Verbandsvorstandes zu erwirken. Wenn B. diese erhält, wäre der Vorstand bereit, denselben als überretendes Mitglied aufzunehmen. — Viktor Kiefemelter, Köppelsdorf, wird mit 3 jähriger Strafkarenzzeit in den Verband aufgenommen. — Einigen Mitgliedern in Schauberg wird nach erfolgter Recherche die Zahlung der Extrabeiträge erlassen.

G. Wollmann,  
Vorsitzender.

J. Schneider,  
Schriftführer.

### Aus unserem Berufe.

**Nürnberg.** Ueber die Konkurrenz, welche der Porzellan-Industrie durch die Metallwaren-Fabrikation bereitet wird, schreibt die Deutsche Export-Revue im Verlaufe einer Schilderung der nürnbergischen Spielwaren-Industrie u. a.: „Hat sich als eine Unterabteilung der großen deutschen Porzellan-Industrie im Laufe einer langen Zeit, besonders im Thüringer Lande die Fabrikation von Porzellan-Service als Spielzeug für die weibliche Jugend entwickelt, so werden diese niedlichen, hübsch ausgestatteten Kaffee-, Tee- und Speiservice von Nürnberg aus nunmehr in emailliertem Eisenblech in den mannigfaltigsten Dekorationen auf den Markt gebracht. Diese emaillierten Service haben den Vorzug, daß sie unzerbrechlich sind und auf Kind und Kindeskind vererbt werden können. Die Verpackung dieser emaillierten Service und die Aufmachung derselben ist dem herrschenden Geschmack angepaßt und damit ein Exportartikel ersten Ranges für die Spielwarenindustrie geschaffen. Dieselben werden weiß emailliert, mit buntem Blumen- oder blau oder rot abgetönt mit Goldrand, außen blau und innen weiß in den mannigfaltigsten Dekors, ebenso wie Speise- und Teeservice oder einzelne Gegenstände hergestellt.“

**Schlierbach.** In der Fortsetzung der Besprechung des Schlierbacher Ausstandes in der „Rundschau“ heißt es in Nr. 23 des genannten Blattes u. a.: „Nach Aussagen von Streikenden, welche wieder in die Fabrik zurückgekehrt sind, hätte der Streik in Schlierbach niemals eine derartige Ausdehnung genommen, wenn die Leute nicht von einem großen Teile der Beamtenschaft und dem Pfarrer der Schlierbacher Gemeinde moralisch unterstützt worden wären.“

Eine andere Stelle befaßt sich mit dem Besuche unseres Genossen Quint aus Frankfurt in der Schlierbacher Fabrik. Es heißt darüber:



„Wenn auch die „Ameise“ fortwährend behauptet, daß der nicht organisierte Arbeiter ein minderwertiges Arbeitselement sei, so hatte die Direktion der Wächtersbacher Steingutfabrik die Genugtuung, dem Arbeiterführer und Redakteur der „Volksstimme“, Herrn Oskar Quint in Frankfurt am Main, welcher sich im Auftrage der Streikenden bei der Direktion behufs Schlichtung der Differenzpunkte am 23. Januar d. J. in Schlierbach eingefunden hatte, bei einer 2 1/2 stündigen Besichtigung der Fabrik zu beweisen, daß die Fabrikleitung mit ihrem neuen, nicht organisierten Arbeiterpersonal tadellose Ware zu liefern, im Stande ist. Nichts ist Herrn Quint bei der Besichtigung der Fabrik vorenthalten worden, so daß er in jedem Falle in der Lage war, die fortgesetzten nicht zutreffenden Berichte der „Ameise“ über schlechte Fabrikation und mangelhafte Arbeitskräfte zu korrigieren. In Gegenwart von Zeugen hat Herr Redakteur Quint denn auch zugegeben, daß die Streikberichte über die Zustände in der Wächtersbacher Fabrik unwahr seien. Leider hat dieser Herr in mißverstandener Parteinteresse von dieser Kenntnis keinen öffentlichen Gebrauch gemacht.“

Wir bezweifelten im vornherein, daß diese Behauptungen den Tatsachen entsprechen könnten und unsere Zweifel wurden voll bestätigt, durch die nachstehende uns und der „Keramischen Rundschau“ eingesandte Berichtigung unseres Genossen. Diese Zuschrift beweist das direkte Gegenteil des in der „Rundschau“ Gesagten. Sie lautet:

„Es ist unwahr, daß ich jemals im Auftrage der Streikenden versucht habe, mit Dr. Ehrlich zu unterhandeln, wie er auf Seite 554 der letzten „Keramischen Rundschau“ behauptet. Ich ging am genannten Tage, ehe ich noch bei den Streikenden war, in die Fabrik, habe auch sofort und wiederholt dem Direktor erklärt, daß ich von niemandem beauftragt sei, in der Fabrik vorzusprechen, sondern nur deshalb käme, um zu sehen, ob sich nicht eine Linie finden lasse, auf der es möglich sei, neue Verhandlungen anzuknüpfen. Ich habe das mit solcher Deutlichkeit erklärt, daß es mir unfassbar erscheint, wie Dr. Ehrlich das vergessen konnte. Seine zugestandene große Vorliebe für herzerfrischende Getränke scheint sein Gedächtnis sehr ungünstig zu beeinflussen. Direktor Ehrlich sagte sogar wörtlich zu mir: „Wenn Sie nicht im Auftrage der Streikenden kommen, will ich mit Ihnen sprechen, die Fabrikleitung hat mit den Streikenden nichts mehr zu verhandeln!“

— Ich sprach dann davon, daß, meiner Ansicht nach, die Fabrikleitung ein gefährliches Spiel spiele. Das Ansehen der Schlierbacher Fabrik sei im Schwinden, allgemein höre man, daß die erzeugten Waren nicht mehr von der Güte seien wie früher! Da sprang Dr. Ehrlich erregt auf und rief den Chemiker Tepling, den bösen Geist der Fabrik, herbei, dem er meine Ausführungen vorhielt. Beide, wie noch ein dritter Herr, der mir als zweiter Direktor vorgestellt wurde, meinte dann, das laufende Publikum sei im Irrtum und um mich zu überzeugen, wie gut der „Apparat funktioniere“, lud mich dann Dr. Ehrlich zu einem Rundgang durch die Fabrik ein.

Ich sah mir alles genau an und kann Sie versichern, daß unter den „Arbeitswilligen“ Gestalten saßen mit so ausgeprägten Verbrecherköpfen, daß mir die Haut schauderte; ich meinte oft durch die Arbeitsäle eines Zuchthauses geführt zu werden. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt dadurch, daß jeder Arbeiter, den der Direktor anrief, mit einem Ruck vom Sitz aufsprang und mit den

Händen an der Hosennaht vor ihm stramm stand. Ich habe selten in einer Fabrik eine solche Musterkollektion von zweifelhaften Gestalten zusammen gesehen, habe dem Direktor auch gar kein Gehl daraus gemacht, daß es ihm nicht gelungen sei, mich von dem von ihm behaupteten „vorzüglichen Funktionieren des Apparats“ zu überzeugen. Wenn ich das nicht in derselben groben Form gesagt habe, in der Direktor Ehrlich sich auszudrücken beliebt, so glaube ich doch deutlich genug geworden zu sein. Ich hielt dem Direktor auch vor, daß sich die Leute über seine ungeheure Grobheit beschwert hätten. Wissen Sie, was er mir geantwortet hat? „Solche Empfindungsmenschen kann ich in meiner („meiner“ ist sehr gut d. R. d. A.) Fabrik nicht gebrauchen. Wenn mir ein Arbeiter sagt, er sei austreten gewesen, dann habe ich ein Recht ihn zu fragen: „Waren Sie pissen oder scheißen?“ (Wörtlich!) Wer mir das übel nimmt, dem kann ich nicht helfen!“

Wenn sich der Mann mir gegenüber derartige Ausdrücke bediente, wie mag er erst mit den Arbeitern und gar mit den „Arbeitswilligen“ umspringen!

Als wir uns trennten, sagte Dr. Ehrlich wörtlich zu mir: „Sie haben sich jetzt überzeugt, daß in meiner (!) Fabrik die meisten Plätze besetzt sind, wenn es auch zum Frieden kommt, so kann ich doch nur einen Teil der Streikenden wieder einstellen. Ich will dem Fürsten von Ihrem Besuch Mitteilung machen, bitte Sie aber, uns nicht mehr so stark in der „Volksstimme“ anzugreifen, das könnte dem Friedensschluß hinderlich sein.“ — Darauf erklärte ich nochmals in Gegenwart des Chemikers Tepling, daß ich die Ueberzeugung habe, daß mit den Leuten, die da oben beschäftigt seien, auf die Dauer nicht auszukommen sein dürfte. Wenn die Fabrikleitung aber Frieden schließen wolle, an der „Volksstimme“ werde es nicht fehlen, wir seien Alle davon überzeugt, daß eine längere Dauer des Streikes beiden kämpfenden Teilen Nachteile bringen müsse.

Damit endete unsere Unterredung. Wie daraus Dr. Ehrlich den Schluß ziehen kann, ich hätte „zugegeben, daß die Streikberichte unwahr seien“, das ist wohl ein Privatgeheimnis des Herrn Ehrlich? Ich habe gar nichts zugegeben und bin noch heute der Ueberzeugung, daß der Streik vollständig berechtigt war.

In einer dieser Unterredung folgenden Besprechung mit den Streikenden habe ich auch erklärt, daß die Zahl der Arbeitswilligen keine kleine sei, aber sofort eine Kritik dieses Arbeitswilligenmaterials angefügt und damit geschlossen, daß die nächste Bilanz des Schlierbacher Wertes zeigen werde, wie „vorzüglich“ (?) der Apparat des Dr. Ehrlich funktioniert habe. Der Herr Ehrlich täuscht sich aber lebhaft, wenn er meint, daß ich in mißverstandener Parteinteresse von dieser Kenntnis keinen öffentlichen Gebrauch gemacht hätte.

D. Quint.“

Der angegriffene Pfarrer aber entgegnete unter Schlierbach den 2. Juni 1904 in der „Rundschau“ folgendermaßen:

„In der Ausgabe Ihres geschätzten Blattes vom 2. Juni 1904, Nr. 23 bin ich in meinem Amte als Pfarrer angegriffen worden und bitte deshalb in „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ um sofortige Aufnahme folgender Richtigstellung des Sachverhaltes in der nächstfolgenden Nummer Ihres Blattes. Es heißt auf Seite 554 in Nr. 23: (folgt die obige Stelle. R. d. A.)

Darnach hat es den Anschein und denselben hervorzurufen ist wohl auch die Absicht des sich „flug“ versteckenden Autors (siehe den letzten Satz der Berichtigung dazu. D. R. d. A.) des ganzen Laborats über den Schlierbacher Streik, dessen erster und tiefster Grund gar nicht zum Ausdruck gekommen ist, auch von dieser Seite aus Gründen nicht zum Ausdruck kommen kann, als ob ich Pfarrer und Seelsorger meiner Gemeinde, in der mir alle Gemeindeglieder gleich lieb sind und sein müssen, einerlei, ob sie irgendwo in Arbeit stehen oder dieselbe gesehlich gekündigt haben, einerlei, ob sie auf rechtem oder irrigem Wege sind, den Streik mit hervorgerufen oder mit veranlaßt hätte.

Und doch bestand meine ganze Tätigkeit vor Ausbruch des Streiks einzig und allein darin, daß ich mich der Arbeiterschaft bezw. ihrer hiesigen Vertretung gegenüber des hohen Auftrages Sr. Durchlaucht des Fürsten meines gnädigsten Patronats Herrn entledigte und ihnen es nahe legte, sich dem Urteil des Schiedsgerichts fügen und es zum Neuesten nicht kommen lassen zu wollen.

Den Streik selbst habe ich niemals gutgeheißen und habe dem auch später mehr öffentlich Ausdruck gegeben, indem ich ihn in einer von ca. 200—300 zum großen Teil streikender Männer besuchten Raiffeisen-vertammlung als etwas beklagens- und bedauernswertes hinstellte. Aber, das darf ich hier als in seelsorgerlicher Absicht ausgesprochen hinzufügen: Ich möchte vor Gott dem Allmächtigen, dem Gerechten und Allwissenden, vor dem man sich nicht verstecken kann, nicht die Verantwortung tragen, die der auf sich hat, der den Streik, gewollt oder nicht gewollt, provoziert hat. Römheld, Pfarrer.“

Wir stellen für diesmal diese beiden Berichtigungen ohne jedes weitere Begleitwort den Rundschau-Schreibern gegenüber. Angesichts solcher durchschlagenden Erwiderungen können wir auf jede vorläufige Charakterisierung der betreffenden Rundschau-Artikel und ihrer Hintermänner verzichten.

**Aus Oesterreich.** Traurige Lohnverhältnisse führten auch jüngst wieder in einigen österreichischen Fabriken unsere dortigen Kollegen zu Ausständen. So legten Ende April die Brennhausarbeiter in Merkersgrün wegen zu geringer Entlohnung die Arbeit nieder. Doch leider gelang es der Fabrikleitung die erforderlichen Ersatzkräfte zu beschaffen, so daß der Ausstand für die Arbeiter verloren ging. — Hoffentlich regt das unsere österreichischen Genossen zu umso lebhafterer Agitation besonders in den in Betracht kommenden Gegenden des Erzgebirges an. — Ebenfalls trieben in Briesen die andauernden Lohnverkürzungen die Dreher, bei der Firma Nestler u. Co. beschäftigt, zur Niederlegung der Arbeit. Auf Kosten der Arbeiter machte sich diese Firma ihre neuen Maschinen bezahlt. Lange haben die Arbeiter zugehört, endlich wurde es aber auch ihnen zu viel. — Wenig annehimliche Verhältnisse herrschen ferner auch für die Kollegen in Bessau. Besonders die Maler dortselbst haben keine Ursache zufrieden zu sein. Wochenlöhne von 8—10 Kronen scheinen vorzuherrschen und mit Kartoffeln, Brot und „Kaffee“ muß die jämmerlich entlohnte Arbeiterschaft es sich in der Hauptsache Genüge sein lassen. — Jedenfalls werden die deutschen Kollegen kein besonderes Verlangen darnach zeigen, in die genannten Orte übersiedeln zu wollen.



## Soziales, Gewerkschaftliches etc.

\* Streikende Arbeiter — streikende Aerzte. Das Amtsgericht in Leipzig hat einen Leiter der Schriftgießergehilfen-Organisation und einen andern Schriftgießer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie einen Kollegen darauf hingewiesen hatten, daß er aus dem Verbands ausgeschlossen werden könne, wenn er trotz des Streiks weiterarbeite, und weil diese „Beeinflussung eine Beschränkung der gesetzlich garantierten Arbeitsfreiheit involviert“. Daß eine solche Verurteilung jetzt in Leipzig erfolgt ist, ist besonders bemerkenswert. Zwar sind derartige Bestrafungen schon oft erfolgt, aber nicht immer wird dem Volke so deutlich vor die Augen geführt, wie sehr es heute Rechtsgrundsatz geworden ist, wenn zwei dasselbe tun, es doch nicht dasselbe ist. Es werden streikende Arbeiter für Handlungen bestraft, die nur mit größter Auslegungskunst dehnbarer Strafvorschriften bestraft werden können, während streikende Aerzte bis jetzt selbst für Handlungen nicht bestraft wurden, die schon nach dem klaren Wortlaute und dem Sinne der Gewerbeordnung bei Arbeitern strafbar sind. Aber noch mehr. Selbst für Handlungen, die nach den allgemeinen Strafvorschriften zu fassen sind, haben die Aerztestreiker bisher nicht zu büßen brauchen. Das ist freilich nicht verwunderlich, da sich die Regierung des Klassenstaates auf die Seite der Aerztestreiker gestellt hat.

\* Für Gewerbegerichtsbeisitzer hat die Kieler Strafkammer am 20. Mai eine ganz besonders wichtige Entscheidung gefällt, die im gleichen Maße auch die Arbeiterschaft im allgemeinen angeht. Seitens der Arbeiterbeisitzer der Gewerbegerichte war es Gebrauch, Rat suchenden Arbeitern vor der Einreichung einer Klage beim Gewerbegericht mit ihren Erfahrungen zur Seite zu stehen. Zweifellos wurden durch diesen Gebrauch, der namentlich dort wo keine Arbeitersekretariate bestanden besondere Bedeutung erlangte, manchen unnützen Klagen vorgebeugt und andererseits manchem Arbeiter der Weg zur Erlangung seines Rechtes gezeigt. Diese Gepflogenheit der Gewerbegerichtsbeisitzer war eine um so einwandfreiere, als, wenn der Rat erteilt wurde, der Ratgebende in derselben Angelegenheit nicht als Richter tätig war. Trotzdem strengte der Vorsitzende des Gewerbegerichts in Neumünster gegen 7 Arbeiterbeisitzer die Klage an, da er die Auskunftserteilung mit den Amtspflichten eines Gewerbebeisitzers als nicht im Einklang stehend bezeichnete. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten auf Amts-Entsetzung zu erkennen. Das Gericht sprach die Angeklagten zwar frei, da ihnen eine straffällige Absicht nicht nachgewiesen werden konnte, erklärte jedoch ausdrücklich den Gebrauch der Auskunftserteilung für unzulässig.

## Internationales.

Die organisierten keramischen Arbeiter Frankreichs fanden sich am Sonntag den 12. Juni in der Arbeiterbörse zu Paris zu einem allgemeinen — den vierten — Kongress zusammen. Wenn die vorliegenden Zeilen unseren Lesern zugegangen sind, hat der Kongress bereits stattgefunden und hoffentlich ist es uns möglich, später etwas Näheres über denselben berichten zu können. Nach dem Aufruf des Sekretärs, Genossen Tillet, in der „Föderation“, dem limoger Gewerkschaftsblatt, zu schließen, wird dieser Kongress von besonderer Wichtigkeit für die Organisation unserer französischen Kollegen sein. Elf

wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung, „alle von großem Interesse für die keramische Vereinigung.“ Ob es aber auf dem Kongress zu einer festeren, dauernden Vereinigung der verschiedenen Lokalorganisationen der französischen Arbeiter der keramischen Branchen kommen wird, ist noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen. Jedenfalls wäre zu wünschen, daß das Syndikatswesen der Zentralorganisation Platz mache. 28 Organisationen, d. h. Lokalverbände, haben im vornherein ihre Mitarbeit und Vertretung für den jetzt stattfindenden Kongress zugesagt. Es sind darunter die 10 Syndikate der limoger Porzellanarbeiter, dann die Organisationen von Bierzon und Mehun-sur-Yèvre, von Celles-Bruere, Billedieu, Paris zc. vertreten. Auch die Vereinigung der Fayencearbeiter von Mortereau, Saint-Ballier, ferner die Syndikate der Töpfer von Lyon, Roanne, Vallauris und Bourg-en-Bresse werden an dem Kongress teilnehmen. — Die besten Wünsche der organisierten Porzellanarbeiter Deutschlands werden die Arbeiten des Kongresses begleiten.

Ein internationaler Holzarbeiterkongress zu dem ihre Mitarbeit bereits zu ständige Arbeiterorganisationen aus Deutschland, Dänemark, Schweden, England, Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn, Böhmen und Serbien zugesagt haben, wird am 12. und 13. August dieses Jahres in Amsterdam stattfinden. Die einstweilen aufgestellte Tagesordnung umfaßt nachstehende wichtige Punkte: Notwendigkeit und Möglichkeit einer dauernden internationalen Verbindung, eventuell Schaffung eines internationalen Sekretariats und Beschlussfassung über dessen Aufgaben und über die Kostendeckung. — Uebertritt und gegenseitige Unterstützung der Mitglieder im Ausland; Abschluß von Kartellverträgen. — Abhaltung ausländischer Streikbrecher bei Lohnkämpfen.

Die Handschuhmacherorganisationen hatten vom 20. bis 26. Mai in Stuttgart einen internationalen Kongress, auf welchem außer Deutschland noch Frankreich, Belgien, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Norwegen und Oesterreich vertreten waren. Einer der wichtigsten Erfolge dieser Beratungen dünkt uns die Gründung einer internationalen Streikklasse zu sein. Diese Klasse soll den Charakter eines Reservefonds erhalten. Die dazu angenommene Resolution gibt dem den entsprechenden Ausdruck: „Der Kongress erklärt es als eine Pflicht der internationalen Solidarität, daß die Kollegen in den ihnen von den Unternehmern aufgezwungenen Kämpfen eine durch das internationale Sekretariat in die Wege geleitete Unterstützung erhalten. Der Kongress rechnet darauf, daß alle Organisationen ihre Lohnkämpfe zunächst aus eigenen Mitteln führen und nur in Notfällen an die internationale Solidarität appellieren. Die Kollegen aller Länder sind verpflichtet, wenn dieser Notfall eintritt und der Kampf vom internationalen Sekretariat anerkannt ist, für die Unterstützung der kämpfenden Kollegen nach besten Kräften und in weitgehendem Maße einzutreten. Das Sekretariat ist von allen Vorgängen zu verständigen.“ Desgleichen wurden den Organisationen der einzelnen Länder die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung für ihre Mitglieder und der Abschluß von Gegenseitigkeits-Verträgen zwischen den einzelnen National-Verbänden dringend empfohlen.

## Vermischtes.

— Berlin. Einen Ausflug nach Freiwalden unternahm am letzten Sonntag unsere sangeslustigen Kollegen von der Zahlstelle

Berlin II. Leider war die Partie eine solche mit zahlreichen Hindernissen. Eben hatte die Sängerschar Aufstellung genommen um sich photographieren zu lassen, da ereignete sich das erste Malheur. Einer der Kollegen konnte seine „Stellung“ nicht behaupten und glitt einen kleinen Abhang hinunter. Erst nachdem dieser Zwischenfall erledigt war, konnte der photographierende Kollege seine Partiegenossen „abknipsen“. Etwas später wurde ein anderer Partienteilnehmer von demselben Verhängnis eines Absturzes getroffen. Darauf verlor ein dritter Kollege seine Uhr und etwas Kleingeld, die erstere wurde wieder gefunden, das letztere blieb weg. — „Großgeld“ hätte sich sicher leichter wieder finden lassen. Aber bei uns Porzellanern kommt ja leider diese Münzsorte immer mehr aus dem Kurs. — Außer einigen anderen kleineren Unfällen, und dem vielen „märkischen Schnee“ abgerechnet, verlief die Partie in schönster Harmonie. Einen richtigen Sänger dürfen auch solche Kleinigkeiten nicht anfechten. Aber nichts desto weniger wünschen wir unseren Kollegen die nächste Partie ohne solche Zwischenfälle.

— Gegen das Kontraktbruchgesetz, die ländlichen Arbeiter betreffend, wie es zur Zeit dem preussischen Landtage vorliegt, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags in Form einer Anfrage an den Reichskanzler Stellung genommen. Ja nach Ansicht weitester Kreise das beabsichtigte Kontraktbruchgesetz in das Gebiet der Reichsgesetzgebung eingreift und Preußen demnach kein Recht hat, für sich ein Sondergesetz, dessen Erlaß nur von den gesetzgebenden Körperschaften des Reichs zu stande kommen kann, zu schaffen, so ist die Frage wohl berechtigt: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um dem Bundesstaat Preußen gegenüber die Reichsregierung zur Geltung zu bringen?“

— Die Angriffe auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen, wie diese bei den Aerztestreiks in Köln, Solingen und Leipzig seitens der Aufsichtsbehörden ausgeübt wurden, wollte die sozialdemokratische Fraktion zum Gegenstand der Besprechung im Reichstage machen und wählte einen Ausschuß zur Vorberatung der Frage. Bei näherer Prüfung der Angelegenheit stellte sich heraus, daß man die Debatte nicht auf die Arztfrage beschränken dürfe, da zahllose andre, zum Teil noch schlimmere Eingriffe in die Selbstverwaltung erfolgt sind. Die Fälle, die aus den Aerztekämpfen hervor gegangen sind, eignen sich jetzt noch nicht zur Besprechung im Reichstage, zumal das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist und möglicherweise noch Remedur durch Entscheidung der höchsten Verwaltungsgerichte geschaffen wird. Unse Genossen kamen zu der Ansicht, daß augenblicklich durch eine Interpellation im Reichstage an dem Verlauf der schwebenden Streitigkeiten zwischen Aerzten und Aufsichtsbehörden mit den Krankenkassen nichts geändert wird. Wenn wir über die Materie diskutieren, dann dürfen wir uns nicht auf einzelne Mängel des Gesetzes beschränken, sondern wir müssen eine gründliche Reform des Gesetzes fordern, durch welche die Krankenversicherung dahin gebracht wird, daß sie ihren angeblichen Zweck erfüllt und das Selbstverwaltungsrecht der Versicherten in jeder Richtung sicher gestellt wird. Da nun der feste Entschluß bei der Regierung und der Mehrheit des Reichstags besteht, den Reichstag vor dem 18. Juni zu vertagen, so waren unsre Genossen gezwungen, auch die Debatte über diese Frage bis zum Herbst zu verschieben. Bis dahin werden wahrscheinlich die endgiltigen Erkenntnisse über



die schwebenden Fragen vorliegen. Nach eingehender Debatte faßte die Fraktion den Beschluß: in dem jetzigen Abschnitt der Session von der Einbringung einer Interpellation betreffend die Arztfrage Abstand zu nehmen und im Herbst die ganze Krankenkassenfrage zur Debatte zu bringen. Dann wird auch die Arztfrage gründlicher, als dies jetzt möglich wäre, erörtert werden können, da alsdann voraussichtlich auch die von der Regierung versprochene Zusammenstellung der Kontrakte, welche die Krankenkassen mit den Ärzten geschlossen haben, vorliegen wird.

— Das Zentrum als Fortschritts- hemmer. Wiedermal bewies — bei der dritten Beratung der Gesetzesvorlage über die Kaufmannsgerichte im Reichstage — die Zentrums-Partei wie wenig ernst es ihren parlamentarischen Vertretern mit irgend einem sozialpolitischen oder rechtlichen Fortschritt der Arbeiter betrifft, ist. Die betreffende Reichstagskommission bestimmte, daß zu den Beisitzer- Wahlen für die Kaufmannsgerichte (man denke dabei an die Gewerbegerichte) Leute vom 21. Jahre ab und auch die berufstätigen Frauen und Mädchen wählen und selbst gewählt werden könnten. Auch das Zentrum stimmte dem bei. Nun aber erklärte bei der 2. Lesung die Regierung, daß sie das Frauenstimm- und Wahlrecht beseitigt, als ebenso das Wahlalter der männlichen Wähler vom 21. auf das 25. Jahr heraufgesetzt haben möchte, falls das ganze Gesetz fallen gelassen würde. — Da klappete das Zentrum mit den Nationalliberalen um und willig überließ man es in erster Linie den Sozialdemokraten, die so schmählich von den genannten Parteien im Stiche gelassenen Rechte der Frauen und kaufmännischen Arbeiter zu verteidigen. — Und wie in diesem Falle, so handelte das Zentrum bei Duzenden anderer Gelegenheiten, der Regierung zu Liebe die Interessen und Wünsche der arbeitenden Klassen unbedenklich preisgebend.

— Vom Terrorismus. In St. Johann, der Bergbaustadt im saarbrückener Revier, fand dieser Tage ein hochbedeutsamer Prozeß statt. Hochwichtig, weil in ihm all' das zur Erörterung kam, was sich das Kapital, sei es in privaten oder staatlichen — das letztere im heutigen Sinne verstanden — Betrieben angelegt, gegen die Arbeiter sich erlauben darf. Maßregelungen der Bergarbeiter in strengerer und milderer Form, vom Verschicken auf andere, schlechter entlohnte Arbeitsplätze, bis zum Entlassen wurden unter Beweis gestellt und wohl von dem größten Teil des Publikums für erwiesen erachtet. In allem suchte man die Arbeiter gefügig zu machen: Beim Wählen, Zeitungslesen, Biertrinken, Versammlungs- und Lokalbesuchen u. s. w. Höchst interessante Dinge kamen dabei zu Tage. Gegen Zentrum und Sozialdemokratie, gegen Gewerksvereine und Gewerkschaften richtete sich die lebhafteste Abneigung der königlichen Bergverwaltung. Denn diese ist es, welche sich durch einige Flugblätter des Bergarbeiters Krämer, in welchen dieser auf die Ausbeutung, den Terrorismus und die Gesinnungsriecherei, die von der benannten Verwaltung gegen die Arbeiter geübt werden sollen, hinweist, beleidigt fühlte und Straf- antrag stellte. Tagelang zog sich der Prozeß hin. Immer neue Zeugen marschierten auf. Und der Verteidiger des Angeklagten, Heine, neue die Anklage entlastende Zeugen, so rief der als Privatkläger zugelassene Geheimrat Hilger auch seinerseits neue Hilfsmannschaften herbei. So förderte der Prozeß eine Unmenge ungemein interessanter Dinge zu Tage, deren ausführlichere Besprechung — da sie eine ganz bedeutende Wichtigkeit für das

heutige System in Staatsbetrieben haben, wir uns vorbehalten. — Der Staatsanwalt sprach natürlich für „Schuldig“ und beantragte gegen Krämer 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger begründete in längerer Rede die notwendige Freisprechung des Angeklagten. Das Gericht — welches, wie voraus zu sehen war, in der Urteilsbegründung auf eine ganze Reihe von gelungenen Beweisen des Angeklagten gar nicht einging — erkannte auf drei Monate Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils in verschiedenen Blättern.

— Ein internationaler Frauenkongreß tagt zur Zeit in Berlin. Diese Versammlung, zu der sich bürgerliche Frauenrechtlerinnen aus allen Teilen der Welt zusammen gefunden haben, hat mit der proletarischen Frauenbewegung herzlich wenig zu tun und die jetzt in Berlin versammelten Damen haben auch wenig Neigung, die Sache der ringenden, darbenenden und ausgebeuteten Proletarierfrauen und -Mädchen zu der ihrigen zu machen. Auch die Frauenwelt trennt der Besitz in zwei mit grundverschiedenen Ansichten erfüllte Welten. Was sich zur Zeit in der Reichshauptstadt von den für ihre Rechte begeisterten Frauen eingefunden hat, gehört selbst zumeist den besitzenden Kreisen an. Und wenn auch die Forderungen der bürgerlichen Frauenbewegung um teilweise Gleichstellung der Frauen mit den Männern in rechtlicher, öffentlicher und wirtschaftlicher Beziehung nur zu unterstützen sind — von uns aus reinem Prinzip — so gehen diese Forderungen uns noch lange nicht weit genug. Die Arbeiterfrau mit ihren ungleich härteren Bedrückungen, in ihrer weit schwereren Lage, gedrückten Verhältnissen und ihrer fast gänzlichen Rechtlosigkeit kommt nicht zu ihrem Rechte auf diesem Kongresse der Halbaffen. — Und von welchem Geiste seine Veranstalter erfüllt sind, zeigt ja schon der Programmpunkt, daß eine Kongreß-Abordnung am 13. Juni den Reichskanzler Bülow und den Staatssekretär Posadowsky eine Huldligung in Form eines Besuches darbrachte. Man bezeugte hiermit einer Regierung besondere Hochachtung, die erst wenige Tage zuvor sich so schroff wie möglich gegen eine Ausdehnung der Frauenrechte aussprach. Wir denken hierbei an die 2. Beratung des Gesetzesentwurfes über die Kaufmannsgerichte. — Viel Ernst darf man demnach wohl nicht hinter den Damen des berliner Kongresses suchen. Das bestätigte ja auch die fast unheimliche Reklame, die diesem Interessentag der bürgerlichen Frauen vorausging. — Erst die Massenbewegung der Proletarierfrauen wird die ernste Pflicht und strenge Konsequenz an Stelle der halb sportmäßigen Frauenrechtelei der bürgerlichen Welt von heute setzen. Dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben.

— Eine Arbeitslosenversicherung ist auf das Gutachten der Gemeinderatskommission in der Stadt Luxemburg hin beschlossen worden. Darnach bewilligt die Stadt Luxemburg für die bestehenden oder noch zu gründenden Arbeitslosen-Unterstützungsklassen der Gewerkschaften eine Unterstützung von 1500 Fr. Dieser Zuschuß wird in der Zukunft verdoppelt und verdreifacht werden, wenn die Arbeiten erst einmal diesen Unterstützungszweig in ihren Gewerkschaften eingeführt haben werden. Kommission wie Stadtrat erklärten die Form der Unterstützung der Gewerkschaften als am zweckmäßigsten für die Arbeitslosen und außerdem werde dadurch den Unterstützungsklassen der Gewerkschaften die so äußerst wichtige Selbstverwaltung garantiert. — Dazu bemerkt die „Soz. Praxis“ Der Gemeinderat in Luxemburg und sechs angrenzende Gemeinden planen weiter die

Errichtung einer allgemeinen Kasse für un- freiwillige Arbeitslosigkeit der Tagelöhner und überhaupt aller Arbeiter und Angestellten, welche keiner mit Arbeitslosenversicherung ausgestatteten Gewerkschaft angehören. Die Arbeiter haben je nach ihrem Verdienste zu dieser Kasse 15 bis 45 Cents wöchentlich beizusteuern. Die Unterstützung darf nicht unter 1 Fr. täglich und nicht über dem wirklichen gewöhnlichen Tagelohn betragen. Dem musterhaften Statutenentwurf für diese Kasse muß die höchste Anerkennung gezollt werden. Die Kasse ist vorläufig versuchsweise für eine Dauer von zwei Jahren in Aussicht genommen. Der mit den vorbereitenden Aufgaben betrauten Kommission stellte der Gemeinderat 500 Fr. zur Verfügung zur Bestreitung für Druckfachen und sonstige Ausgaben. Daß in der ganzen An- gelegenheit eine wohlwollende Förderung durch die Landesregierung zu erwarten ist, erhellt aus der Tatsache, daß die Staats- regierung der Kommission die Schulräume zur Verfügung stellte, um Versammlungen in den größeren Orten des Landes abhalten zu können.

### Versammlungsberichte etc.

s. **Wahl.** Die am Sonnabend, den 9. Juni stattgefundene Zahlstellenversammlung war von 107 Mitgliedern besucht. Nachdem die beiden ersten Punkte, Kassen der Beiträge und Verlesen des letzten Protokolls, ihre Erledigung gefunden hatten, wurde zu Punkt 3, Kassenberichte pro 1. Quartal 1904, geschritten und ergaben dieselben folgendes: Verbandskasse: Einnahme 8181,81 Mt., Ausgabe 8121,88 Mt., Bestand 9,99 Mt. Mitglieder am Quartalschluß 370. Beihilfefonds: Einnahme 172,86 Mt., Ausgabe 108 Mt., Bestand 69,86 Mt. Mit- glieder 46. 8 pSt.-Fonds: Einnahme 201,44 Mt., Ausgabe 185,82 Mt., Bestand 15,62. Bildungsfonds: Einnahme 49,25 Mt., Ausgabe 9,70 Mt., Bestand 39,55 Mt. Dertlicher Unterstützungsfonds: Einnahme 102,86 Mt., Ausgabe 18 Mt., Bestand 84,86 Mt. Streikmarken wurden in dem Viertel- jahr der Extrabeiträge 100 Stück verkauft. — Nach- dem berichtet wurde, daß die Kasse geprüft und in bester Ordnung gefunden war, wurde dem Kassierer seitens der Versammlung einstimmig Decharge er- teilt. Punkt 4, Allgemeines Porzellenerfest betreffend. Hierzu wurden noch einige Vorkehrungen getroffen und von der Versammlung der Wunsch gehegt, daß da keine Kosten gescheut worden sind, um dieses Fest zu einem würdigen Arbeiterfest zu gestalten, von den hiesigen sowie auswärtigen Kollegen ohne Unterschied eine rege Teilnahme zu erwarten ist. Bei Punkt 5, Verschiedenes, wurde bekannt gegeben, daß das Gewerkschaftsfest Sonntag, den 10. Juli stattfindet und reger Besuch auch diesem Feste zuteil werden möge. Punkt 6. Ein Vortrag des Genossen Redakteur B. Wittig-Leipzig über: „Die politischen und wirtschaftlichen Zustände Frankreichs vor dem Jahre 1789“ fand die größte Aufmerksamkeit und wurde den Referenten am Schluß seines vortrefflichen Vortrages reicher Beifall zuteil. Hierauf wurde die Versammlung, da weiter nichts vorlag, nach einer Aufforderung an die Mitglieder den Versammlungen und stattfindenden Arbeiterfesten in Zukunft recht reges Interesse entgegen zu bringen, geschlossen.

### Literarisches.

„Die jugendlichen Arbeiter“. Unter diesem Titel erscheint in Wien ein Arbeiterblatt, das im 8. Jahrgang stehend, die Interessen der organisierten jugendlichen Arbeiter Oesterreichs wahr nimmt. Seit Ende März dieses Jahres gilt das Blatt auch als das Organ der freien jugendlichen Arbeitervereine Oesterreichs. — Die vorliegende Nummer (6) enthält eine Reihe interessanter Artikel. — Konrad Deubler, der Bauernphilosoph, Kinderarbeit in Oesterreich etc. — Dann die Berichte über den 1. Verbandstag der jungen österreichischen Organisation und den der konstituierenden Versammlung des heftischen Vereins. — Es ist zu wünschen, daß dieses Monatsblatt weiteren Eingang in die Reihen der jugendlichen Arbeiter findet.

„Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbild aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahr- hunderts. Das 9. Heft gelangt soeben zur Ausgabe. Es enthält den Schluß des 5. und den Anfang des 6. Kapitels: „Brot mit den Armen dein Brot“. Der Verfasser behandelt in diesem Kapitel: Die pfäffliche Armenpflege des Mittelalters. — Der Landhunger der Kirche. — Wie die Bauern leibtegen



gemacht wurden. — Der geistliche Zehent. — Die Bauernplünderung durch den Zehent. — Die Kirche, der Zins und der Wucher. — Die Juden und die Kirche. — Die Judenmächte des Mittelalters. — Der Ablass.

### Briefkasten.

**Nr. 769.** Zu Frage 1: Frau B. 14 Tage, Hugo B. 6 Monate. 2. Ja, im Strafprozeß beim Reichsgericht. 3. 1985,70 Mk.

**Bohnenstrauch.** Tantalus war nach der griechischen Sage ein Sohn des griechischen Göttervaters Zeus, König von Lydien und ein Liebling der Götter. Diese luden Tantalus zu ihrer Göttertafel. Als dieser irdische Zeussohn jedoch die bei den Göttern gehörten Dinge ausplauderte, wurde er zur Strafe in die Unterwelt gesteckt. Dort steht er nun nach der Sage durstend im Wasser, das, wenn er sich zu ihm beugt, immer wieder zurück weicht. Auch die schönsten Früchte hängen über dem Schmachten den. Aber auch sie verschwinden, wenn Tantalus den Arm darnach ausstreckt. So leidet dieser Unglückliche inmitten aller Güte die größten Qualen. — Daher steht nach dem Wortgebrauch auch derjenige nicht selten „Tantalusqualen“ aus, dem sich ein heißer Wunsch nicht erfüllt oder der beim besten Willen von dem ihm Gebotenen keinen Gebrauch machen kann.

### Sterbetafel.

**Dresden.** Bruno Sonntag, Dreher, geb. am 18. Juli 1879, gestorben am 4. Juni 1904 an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr 3 Monate. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

**Tiefenfurt.** Herm. Altmann, Kapseldreher, geb. am 7. Januar 1869 zu Tolkowitz; gest. am 4. Juni 1904 an Lungentuberkulose. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds. Krank 12 Wochen.

**Waldenburg.** August Paschold, geb. am 21. Januar 1868 zu Reichmannsdorf bei Waldendorf in Thüringen, gest. am 6. Juni 1904 an Lungenschwindsucht. Krankheitsdauer 1 Jahr 3 Monate 23 Tage. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

Ehre ihrem Andenken!

### Adressen-Nachtrag.

**Freiwalddau.** Kass.: Gustav Mitsche, Vertrauensmann; Paul Ablung, beide Dreher.

**Gaggenau.** Vors.: Carl Adam, Schriftf.; Simon Bastian, Hörden, Bezirk Gernsbach, beide Maler

**Mannheim-Säferthal.** Revis.: Josef Subl, Dreher, Säferthal, Mittelstr. 18.

**Moschendorf.** Kass.: Pantraz Kolb, Dreher.

**Noda.** Kass.: Fritz Krämer, Maler. Revis.: Hugo Weiß, Kapseldreher.

**Sophienau.** Revis.: Heinrich Malzer, Charlottenbrunn.

**Schönwald.** Vors.: Adolf Meier in Schönwald bei Fuhrwerksbesitzer Hofmann. Besitzer und Kranktenkontrollleur: Ernst Kupfer, Schönwald Haus Nr. 13

**Stadtilm.** Revis.: Hugo Spfert, Maler, Rudolstädterstr.

**Untermhaus.** Rev.: Rich. Schaller, wohnt jetzt Heinrichstr. 43.

### Versammlungskalender.

**Milen.** Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.

**Althaldensleben.** Sonntag, den 19. Juni, abends 8 Uhr bei Fürstenberg.

**Berlin-Moabit.** Montag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr bei Pfarr, Buhlstr. 10.

**Berlin II.** Sonnabend, 18. Juni, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8. Geschäftliches. Verschiedenes.

**Berlin III (Schilddermaler).** Zahlabend: Sonnabends von 7-9 Uhr bei Wollschläger. Die Restanten werden aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen. Die Mitgliedsbücher werden dort ausgegeben.

**Bonn-Doppelsdorf.** Sonntag, 19. Juni, vormittags 9 Uhr bei Fackender, Kasernenstr. 16. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

**Budau.** Sonnabend, den 18. Juni, abends 6 Uhr bei J. Westphal. Erscheinen Aller erwünscht.

**Döbeln.** Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 Uhr bei Hempel. Wichtige Tagesordnung. Neuwahl des Vorsitzenden. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

**Fürstenberg a. O.** Sonnabend, 18. Juni, in P. Schleicher's Gesellschaftshaus.

**Röppelsdorf.** Sonnabend, 25. Juni, abends 6 Uhr bei Fr. Weber. Bibliothekbücher sind mitzubringen und umzutauschen.

**Leipzig.** Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr in der „Bavaria“ Sidonienstr. 49. Tagesordnung. Vortrag des Genossen Schulz über: „Gewerkschaft“. Verschiedenes.

**Neuhaldensleben.** Sonnabend, 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr findet im Herzog'schen Lokale die übliche Monatsversammlung statt, wozu auch die Mitglieder der Zahlstelle Althaldensleben besonders eingeladen werden, da eine Besprechung zwecks Zusammenschluß beider Zahlstellen stattfinden soll. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen beider Zahlstellen bittet die Verwaltung.

**Nürnberg.** Sonnabend, den 25. Juni, abends 1/2 9 Uhr, im Felseder.

**Oberlind.** Montag, 20. Juni, abends 8 Uhr im Linderhof. Erscheinen aller Mitglieder wird gewünscht. Auch die Sonneberger Kollegen sind zu der Versammlung eingeladen.

**Tiefenreuth.** Mittwoch, 22. Juni, abends 8 Uhr im Vereinslokal von Georg Burm. Beiträge werden nur in der Versammlung entgegen genommen. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

**Waldsaffen.** Sonnabend, 18. Juni, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Sämtliche Bibliothekbücher sind abzuliefern.

**Zell a. S.** Sonnabend, den 18. Juni, abends 8 Uhr im Vereinslokal „Badischer Hof“. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

### Rahla.

Zu dem am Sonntag, den 19. Juni stattfindenden

### Rahla.

### Allgemeines Porzellaner-Fest

werden die Mitglieder, sowie alle auswärtigen Kollegen hiermit nochmals freundlichst eingeladen.  
Die Verwaltung.

**Aronach.** Den Stellung suchenden Kollegen, welche sich bei Firma Rosenthal A.-G. hier um Arbeit bewerben wollen, zur Kenntnis, daß sie sich in ihrem eigenen Interesse vorher über die Verhältnisse bei der hiesigen Verwaltung erkundigen möchten.

**Magdeburg-Neustadt.** Laut Versammlungsbeschluss wird fortan der Abschluss bis zum 20. des Quartalsmonats fertig gestellt und wollen die Mitglieder in eigenem Interesse sich darnach richten. Die statistischen Fragebogen sind bis zur nächsten Versammlung abzugeben. Hierbei wird bemerkt, daß nach § 6 jedes Mitglied zu gewissenhafter Ausfüllung der Bogen verpflichtet ist.  
Die Verwaltung.

### 3. Agitationsbezirk

Vorort Tiefenfurt.

Sonntag, den 26. Juni, vormittags 11 Uhr findet in Freiwalddau bei Herrn Ernst Helbig (Restaurant „Zur Post“) eine

### Vertrauensmänner-Konferenz

der Zahlstellen Tiefenfurt, Sorau, Freiwalddau und Weißwasser statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Vertrauensmänner über den Stand der Organisation, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie sanitäre Beziehungen.
2. Bericht über die bisherige Agitation und wie sich dieselbe in Zukunft gestalten soll.
3. Stellungnahme zum Beihilfefonds.
4. Verschiedenes.

Die Zahlstellenmitglieder sind zu dieser Konferenz freundlichst eingeladen.

Die Agitationskommission.

**Wilda-Posen.** Für das Mitglied Wenzel Hoffmann zur Anschaffung eines künstlichen Beines gingen bei mir folgende Beiträge ein: von der Zahlstelle Erzberg 6,05 Mk., Kolmar i. P. 2,40 Mk., Charlottenburg 15,00 Mk., Regensburg 2,00 Mk., bereits quittiert 90,88 Mk. Summa 138,88 Mk. Allen Gebern besten Dank. Das Geld zu einem künstlichen Bein ist ausreichend, da aber Hoffmann noch nicht arbeiten kann und durch die lange Krankheit die Not sehr groß ist, bitten wir um weitere Gaben.  
Wilh. Brüger, Posen O., Flottwellstr. 10a III.

**Rehau.** Ich ersuche die noch rückständigen Mitglieder ihre Extrabeiträge bis zum 20. dieses Monats zu begleichen, widrigenfalls das Statut in Anwendung gebracht wird.

### Arbeitsmarkt.

(Interessenten wollen gefl. davon Notiz nehmen, daß Inserate für den Arbeitsmarkt kostenlos aufgenommen werden.)

### Schiffenmaler

für Emaillebilder finden angenehme und dauernde Beschäftigung.

**Germersheimer Emaillewerer  
Mee u. Leineweber  
Germersheim (Rheinpfalz).**

### Perfekter Maler

für Berlinunteransichten zum sofortigen Eintritt bei dauernder u. lohnender Beschäftigung nach Thüringen gesucht. Ditzmaler bevorzugt. Lohnansprüche nebst Offerten unter M. J. 4 an die Expedition der „Ametze“ erbeten.

### Junger strebsamer Maler

vertraut mit Kalt- und Brandmalerei, sucht Stellung auf Blumen und Dekoren. Gefl. Offerten unter J. B. 112 postlagernd Leipzig-Thonberg.

### Junger tüchtiger Porzellanformer

der in Figuren und dergl. Artikel, sowie Geschirrgießen bewandert ist, sucht anderweitig sofort oder später Stellung. Gefl. Offerten unter M. 50 an die Expedition der „Ametze“ erbeten.

### Goldschmiedere, Flaschen, Lappen etc.

kauft zu höchsten Preisen, sowie ausgeschmolzenes Gold à Gramm 2,50 Mk., schnelle und reelle Bedienung zusichernd

Max König, Rahla S.-A.

**Tiefenreuth.** Infolge eines Herzleidens starb am 24. Mai 1904 der Porzellanformer Adalbert Müller, geb. am 17. Dezember 1868. Derselbe war Mitglied des Selber Verbandes. Ehre seinem Andenken.

### Verehrte Malerpersonale!

Kaufe sämtliche Goldabfälle, Lappen, Pinsel etc., Gläser zu höchsten und reellsten Preisen. Postsendungen werden schnell, reell behandelt und bezahlt.  
Andre Matthei, Höchstädt, b. Marktleuthen 2 Dbr.



Preisfrei.  
Reelle schnelle Bedienung.  
Otto Seifert, Zwickau's Osterwethstrasse 18.

### Goldschmiedere,

verlohtes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

### Goldschmiedere

sowie alle goldhaltigen Sachen kauft

Otto Samann, Ebersfeld, Flensburgerstr. 5.

### Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden

ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt  
H. Haupt, Dresden-A. Hammerstr. 12.

Gerausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Fritz Bietzsch, Charlottenburg, Postenstraße 8. Druck u. Verlag: Otto Goerke, Charlottenburg, Kallstr. 69